A-09 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	17.10.2025
Tagesordnungspunkt:	A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten

Antragstext

Vor achtzig Jahren gab sich die Staatengemeinschaft ein Versprechen: gemeinsam für eine Welt einzustehen, in der Kooperation stärker ist als Krieg und Konkurrenz. In Europa sehen wir jeden Tag, dass sich dieser Einsatz lohnt. Einst trennten uns Frontlinien, Stacheldraht und Mauern. Heute verbinden uns das gemeinsame Bekenntnis zu Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die Europäische Union ist bis heute Garantin für diese Werte und Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Als erfolgreichstes Friedensprojekt seit dem Zweiten Weltkrieg hat die EU eine Strahlkraft weit über die Grenzen Europas hinaus. Sie zeigt, dass sich der Einsatz für das Völkerrecht, für Frieden und Kooperation lohnt.

Diese Errungenschaften werden heute auf eine harte Probe gestellt. Wir erleben eine massive Erschütterung des internationalen Systems. Weltweit sind nationalistische Bewegungen und autoritäre Kräfte auf dem Vormarsch. Diese autoritären Kräfte gewinnen nicht nur in ihren Ländern immer stärker an Macht, sondern vernetzen sich auch international und üben über gezielte Desinformation und Propaganda zunehmend Einfluss auf unsere Demokratien aus. Sie eint ein gemeinsames Interesse: Gewalt soll wieder zum normalen Mittel der internationalen Politik werden. Sie führen Kriege, destabilisieren Demokratien und multilaterale Organisationen. Sie wollen eine auf Recht und Kooperation beruhende Weltordnung überwinden, die sie in der Ausdehnung ihrer Macht beschränkt. Stattdessen wollen sie, dass wieder das Recht des Skrupelloseren, Nullsummen- und imperiale Logiken gelten, und Demokratie und Freiheit der Vergangenheit angehören.

Diese Entwicklung verschont auch unsere engsten Verbündeten nicht. Wir sehen mit Sorge in den USA, dass die Demokratie Schritt für Schritt nach dem Drehbuch der autoritären Kräfte beschnitten wird. Präsident Donald Trump treibt im Rekordtempo einen autoritären Staatsumbau voran: Oppositionelle, Zivilgesellschaft, Medien und Universitäten werden massiv unter Druck gesetzt. Die Rechte von Frauen sowie LSBTIQ-Personen, Migrant*innen und Minderheiten werden eingeschränkt, der Rechtsstaat angegriffen und soziale Ungleichheiten verschärft. Den Angriff auf den Rechtsstaat im eigenen Land setzt Trump auf internationaler Ebene fort: Statt auf das Völkerrecht setzt er auf die Erpressung und Deals mit Autokraten. Bündnisse und Allianzen werden immer wieder in Frage gestellt. Die Zerschlagung der US-Entwicklungsbehörde USAID hat verheerende weltweite Auswirkungen. Einige der reichsten Männer der Welt um Donald Trump ziehen ihre größte Genugtuung daraus, den Ärmsten der Welt das Wenige zu nehmen, was sie haben. Während weltweit an humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gekürzt wird, eskaliert die humanitäre Krise im Sudan. Das unermessliche Leid der Menschen ist nur ein besonders gravierendes Beispiel der vielen vergessenen Krisen. Es ist nicht nur Teil unseres

Selbstverständnisses, sondern auch in unserem ureigenen Interesse dort nicht wegzusehen, sondern Leid zu lindern.

Für uns als Menschenrechtspartei gilt: Die universellen Menschenrechte sind unverhandelbar und unteilbar, und gelten für alle Menschen. Sie zu schützen und wirksam durchzusetzen, ist Kern unserer grünen Überzeugung. Gerade in unfriedlichen Zeiten, in denen Autokraten und Rechtspopulisten weltweit die Rechte von Frauen und benachteiligten Gruppen angreifen braucht es entschlossenen Einsatz dafür, dass Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und Herkunft gleichberechtigt und friedlich leben können. Dafür braucht es eine Außenpolitik, die auf die Einhaltung der Menschenrechte pocht, für ihre Durchsetzung arbeitet, feministisch denkt und handelt. Die Deklaration der universellen Menschenrechte und ihre Umsetzung überall bleiben unser Handlungsziel.

Frieden und Menschenrechte gehören zusammen. Menschenrechte sind laut UN Charta die Grundlage für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen. Wenn ein Land innerhalb seiner Grenzen mit sich in Frieden ist, wenn grundlegende Rechte respektiert werden und es keine gewaltvolle strukturelle Unterdrückung seiner Bürger gibt, ist die Chance höher, dass es auch nach Außen nicht als Aggressor auftritt.

Für uns als Friedenspartei gilt: Frieden basiert auf der Einhaltung des Völkerrechts. Das Völkerrecht schützt uns alle vor Gewalt und Willkür - und bildet die Grundlage für Verständigung und Kooperation. Wenn nationale Grenzen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachtet und stattdessen imperiale Logiken zum Leitprinzip werden, stellen wir Grüne uns an die Seite der Angegriffenen und gegen die Aggressoren. Das Völkerrecht schützt die Souveränität der Ukraine, das Existenzrecht Israels und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Wer diese Rechte bestreitet, verletzt die Grundpfeiler des Völkerrechts und schwächt eine gerechte, regelbasierte Weltordnung. Die Vereinten Nationen und die internationale Strafgerichtsbarkeit sind tragende Säulen dieser Weltordnung. Wer versucht, sie zu sabotieren oder zu delegitimieren, der bedroht Sicherheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand weltweit. Das erschwert zugleich die Suche nach Lösungen für globale Menschheitsfragen wie die Klimakrise.

Abhängigkeiten verringern, bestehende Partnerschaften stärken, neue aufbauen

Deutschlands Antwort auf diese massiven Verschiebungen muss konsequentes europäisches Handeln sein. Als größter Mitgliedstaat muss die Bundesregierung dabei eine Führungsrolle innerhalb der EU übernehmen - nicht mit leeren Ankündigungen, sondern mit mutigem Handeln. Wenn wir in einer rauen Weltlage nicht zum Spielball werden wollen, brauchen wir das Gewicht und die Fähigkeiten der Europäischen Union.

Europa darf sich nicht länger erpressbar machen, sondern muss kritische Abhängigkeiten überwinden und in die eigene Unabhängigkeit investieren. Die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen hat die Zeichen der Zeit erkannt. Doch gute Ideen brauchen Unterstützung aus den Mitgliedstaaten. Leider zögert und zaudert Deutschland auch unter Friedrich Merz: Die Bundesregierung steckt der EU Stöcke zwischen die Speichen. Sie schadet damit Deutschland. Denn wer vermeintliche nationale Interessen über die europäische Einigkeit stellt, schadet damit vor allem sich selbst.

Dazu zählt: Deutschland und Europa müssen Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Die NATO ist und bleibt in entscheidender Rolle für den Schutz der Sicherheit auf unserem Kontinent; ihren europäischen Pfeiler gilt es weiter zu stärken.

Vor allem muss Deutschland die neuen Pläne der EU Kommission zur europäischen Verteidigungsfähigkeit unterstützen und effektiv europäische Rüstungskooperationen, und gerade die deutsch-französischen, vorantreiben. Aber Souveränität ist mehr als nur militärische Stärke. Deutschland muss seine wirtschaftliche und technologische Souveränität erhöhen, indem strategische Industrien und Innovation in Europa gesichert und ausgebaut werden. Dazu gehören vor allem Technologien wie KI, Cloudlösungen, Chip-Herstellung, Quantencomputer, Satellitenbau sowie Cyber- und IT-Sicherheitsinfrastrukturen. Regierungen und Verwaltungen sollten in der Regel nur europäische Technologien nutzen. Das Land Schleswig-Holstein geht hier vorbildlich voran.
Auch Deutschlands und Europas Abhängigkeiten von China müssen verringert werden. Insbesondere die europäische Abhängigkeit von China im Rohstoffbereich führt zu einer Erpressbarkeit. Deutschland muss dem entgegenwirken. Der Rohstofffonds, den wir in Regierungsverantwortung noch in der letzten Legislaturperiode aufgesetzt haben, setzt genau dort an. Er trägt einen Teil dazu bei, unabhängiger von chinesischen Rohstoffen zu werden und orientiert sich an menschenrechtlichen und ökologischen Standards. Darüber hinaus kann Deutschland durch stärkere Kreislaufwirtschaft und Recycling von Rohstoffen wirtschaftliche und ökologische Chancen heben. Gleichzeitig müssen wir in Europa jene Hebel nutzen, die wir gegenüber China haben. Das beinhaltet auch die Bereitschaft, wo nötig Gegenmaßnahmen - wie Ausfuhrbeschränkungen, Investitionsbeschränkungen oder Zollmaßnahmen - zu ergreifen, wie sie im EU-Instrument gegen Zwangsmaßnahmen durch Drittländer vorgesehen sind.

Auch Energieabhängigkeiten von einzelnen Ländern gilt es zu verringern, und nicht zu vergrößern. Wir dürfen nicht Putins Gas mit Trumps Gas ersetzen. Sonst verpassen wir die Chance, mit neuer, klimaneutraler Technik unabhängiger und sicherer zu werden. Vor diesem Hintergrund stellen wir uns entschieden gegen die Zusicherung der EU-Kommission, als Teil des Handelsdeals mit den USA 750 Milliarden Dollar in Fossile aus den USA zuzüglich Infrastruktur zu investieren: Tanker statt Turbinen, Fracking statt Photovoltaik, Brennstoffe statt Batterien. Das wäre eine gefährliche Rückentwicklung und eine weitere Verstrickung in schmutzige Technologien von gestern statt Investitionen in saubere Technologien von morgen. Statt uns in neue Abhängigkeiten zu begeben, gilt es jetzt den Ausbau der erneuerbaren Energien entschieden fortzusetzen. Eine Rückkehr zu Nordstream 2 – egal ob in rein russischer Hand oder mit Trumpschem Intermediär – muss verhindert werden.

Die Angriffe auf das multilaterale System stellen für viele Menschen weltweit eine Bedrohung dar. Deutschland kann ihnen nur im Rahmen einer starken und handlungsfähigen EU und gemeinsam mit anderen Partnern entgegentreten. Dafür muss die Bundesregierung bereits bestehenden Partnerschaften wie die mit dem Vereinigten Königreich, Kanada, Japan, Südkorea und Australien ausbauen. Zugleich muss sie neue Partnerschaften und Kooperationen, besonders mit Ländern im Globalen Süden, aufbauen. Neue und verstärkte Partnerschaften im Indopazifik sind eine Möglichkeit, Allianzen zu bilden, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und technologische Entwicklungen zu beschleunigen. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei in Sicherung der fairen Handelsbeziehungen, sowie auf der

Bekämpfung der Klimakrise liegen. Es gilt, Mitstreiter*innen für die Maßnahmen zum weltweiten Ausstieg aus fossilen Energien, entschiedenen Ausbau von erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz zu gewinnen und Partnerschaften zu stärken.

Wir verlieren die unterschiedlichen Krisen und Konflikte in der Welt nicht aus dem Blick. Wir sehen die Verknüpfungen zwischen diesen Krisen und wollen gemeinsam mit den Ländern des Globalen Südens Antworten auf die Herausforderungen finden.

Der Rückzug der USA aus der Finanzierung für Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe hat eine enorme Lücke gerissen. Autokratische Staaten wie Russland und China stehen bereit, das Vakuum zu füllen. Gerade jetzt muss Deutschland seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden und sein internationales Engagement ausbauen – statt sich wie die Bundesregierung zurückzuziehen. Wer jetzt die Entwicklungsfinanzierung kürzt, setzt Menschenleben weltweit aufs Spiel. Er verpasst die Chance, weltweit Partnerschaften aufzubauen und Einfluss zu gewinnen.

Trotz alldem bleiben die transatlantischen Beziehungen für uns von größter Bedeutung. Gerade in Zeiten von Trumpmuss Deutschland Gesprächskanäle und Kooperationen mit den demokratischen Kräften in Politik, Zivilgesellschaft, Medien, Universitäten und Wirtschaft der USA aufrechterhalten und weiter ausbauen, gerade auch auf der Ebene der Bundesstaaten. So lassen wir den transatlantischen Geist von unten neu wachsen und erblühen.

Ukraine: Frieden und Sicherheit wiederherstellen und bewahren

Russland führt seinen Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine mit unfassbarer Brutalität gegen die Zivilbevölkerung nunmehr im vierten Winter. Die Ukrainer*innen verteidigen nicht nur ihr Territorium, sie verteidigen auch das Recht in Freiheit, Frieden und Würde leben zu können – für sich und für uns – als Europäerinnen und Europäer. Putins Krieg richtet sich nicht zuletzt gegen eine auf dem Völkerrecht und Kooperation basierende multilaterale Ordnung. Er führt einen hybriden Krieg gegen die gesamte Europäische Union samt ihrer Beitrittskandidaten und bereitet sich auf einen konventionellen Krieg gegen Frieden und Freiheit in ganz Europa vor.

Putins Aggression wird zunehmend zu einem Schlachtfeld der neuen Technologien. Das russische Drohnenprogramm prägt immer mehr die brutale Kriegsführung des Kremls. Gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur wie Energie-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie auf Wohngebiete bestimmen den Alltag in der Ukraine. Der konstante Beschuss mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern soll die Bevölkerung mürbe machen. Die gezielte Zerstörung von Strom- und Wärmeversorgung hat das Ziel, die Menschen im Winter frieren zu lassen. Die russische Kriegsführung zeigt, wie der Terror gegen die Ukraine funktioniert - und sie zeigt auch unsere eigenen Verwundbarkeiten.

Putins imperiales Machtstreben endet nicht an der Grenze der Ukraine – er führt einen Krieg gegen das freie Europa. Immer wieder verletzen die russischen Luftstreitkräfte den Luftraum europäischer Staaten, unter anderem auch Deutschlands. Zunehmend dringen Drohnen in den europäischen Luftraum ein und überfliegen Einrichtungen der kritischen Infrastruktur – auch bei uns in Deutschland. Sabotageakte wie Cyberattacken auf IT-Infrastruktur, Brandsätze in

der Luftfracht oder Angriffe auf Datenkabel in der Ostsee gehören zur neuen Realität. Es wird systematisch Einfluss auf Wahlen genommen und Desinformation verbreitet. All das ist Teil der Angriffe Russlands auf unsere gesellschaftlichen Lebensadern.

Wir stehen weiterhin in voller Solidarität an der Seite der Ukrainer*innen und ihrem Kampf um Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. Der Krieg wird erst enden, wenn Russland spürt, dass es scheitern wird. Die Ukraine muss sich weiter verteidigen können und für den Fall von Friedensverhandlungen eine starke Position sicherstellen können. Dabei muss immer gelten: „Nichts über die Ukraine, ohne die Ukraine. Das Recht auf freie Bündniswahl gilt selbstverständlich auch für die Ukraine. Wir setzen uns dafür ein, den EU-Beitrittsprozess so schnell wie möglich zu beginnen und unterstützen die Reformagenda konsequent. Wir stehen zur NATO-Beitrittsperspektive als robuste Absicherung eines Friedens und Stärkung der kollektiven Verteidigungsfähigkeit.

Mit der Reform der Schuldenbremse haben wir der Bundesregierung neue finanzielle Spielräume ermöglicht. Dennoch setzt die schwarz-rote Koalition ausgerechnet bei der Ukraine-Unterstützung den Rotstift an. Deutschland muss die Militärhilfe für die Ukraine aufstocken und sie auch diplomatisch, mit humanitärer Hilfe und finanziell stärker unterstützen. Die deutsche Bundesregierung muss endlich dafür sorgen, dass die eingefrorenen russischen Vermögen dafür eingesetzt werden können. Vorschläge dafür liegen von der Europäischen Kommission auf dem Tisch – es wird endlich Zeit, diese Gelder zu nutzen! Ja, dies birgt auch Risiken. Aber die Ukrainer gehen nun seit Jahren täglich für uns ins Risiko.

Um den Druck auf Russland zu erhöhen, braucht es eine massive Verschärfung der Sanktionen. Es ist untragbar, dass einzelne EU-Mitgliedsstaaten noch immer mit dem Kauf von russischem Öl und Gas täglich Millionen in Putins Kriegskasse spülen. Auch andere Importe von Rohstoffen müssen beendet werden. Gemeinsam mit unseren Partnern gilt es auch andere Staaten zur Beendigung von kriegsfinanzierenden Importen aus Russland zu bewegen. Es braucht endlich ein entschiedenes Handeln gegen die russische Schattenflotte.

Deutschland muss eine echte Sicherheitsoffensive gegen hybride Bedrohungen umsetzen, die bewusst die Urheberschaft von Angriffen verschleiern und die Bevölkerung verunsichern sollen. Wir fordern, dass der Schutz unserer kritischen Infrastrukturen - als zentraler Baustein für ein krisenfestes Land - stärker in den Blick genommen wird. Dazu zählen zum Beispiel die Energieversorgung, die Kommunikation, der Verkehrsbereich oder das Gesundheitswesen. Dazu gehört ein tagesaktuelles Gesamtlagebild zu Angriffen und Spionagetätigkeiten, die zügige Umsetzung der EU-Richtlinien zum einheitlichen Schutz unserer kritischen Infrastruktur, eine verbesserten Drohnenabwehr und Investitionen in unsere Sicherheitsbehörden. Dabei müssen wir die Erfahrungen der Ukrainer*innen nutzen. Als Bündnis 90/Die Grünen haben wir die Stärkung des Zivil- und Bevölkerungsschutz, der Nachrichtendienste, den Schutz der informationstechnischen Systeme und die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten im Rahmen der Verhandlungen über das Sondervermögen als Teil der Verteidigungsausgaben verankert - jetzt muss die Bundesregierung liefern.

Russland testet die Entschlossenheit unseres Bündnisses und die Reaktionsfähigkeit der europäischen Streitkräfte. Er verwischt Tag für Tag die

Grenzen von Krieg und Frieden. Nur wenn wir verteidigungsfähig sind, werden wir uns nicht verteidigen müssen. Für den nötigen Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeit haben wir viel von der Ukraine zulernen, gerade bei der Drohnenabwehr. Wir müssen jetzt in der EU dafür Sorge tragen, gemeinsame Projekte und Strukturen innerhalb der europäischen Verteidigungsindustrie zu etablieren.

Für den Schutz von Frieden in Freiheit in Europa müssen die NATO und die EU handlungsfähig bleiben. Dafür wollen wir innerhalb der EU das Veto-Recht reformieren - und Einstimmigkeitsprinzip abschaffen. Da dies aktuell in weiter Ferne liegt, geht es darum, die Handlungsfähigkeit durch Koalitionen der Freiheitsverteidiger zu erhöhen. Das bedeutet eine enge Kooperation von entschlossenen EU-Staaten mit Ländern wie Norwegen und dem Vereinigten Königreich. Dabei muss Deutschland auch stärker mit den nordischen und baltischen Staaten kooperieren und von ihnen lernen.Wir brauchen neue Formate der politischen Zusammenarbeit, die alle relevanten Länder einbeziehen und es ermöglichen, europäische Sicherheitsinteressen zu diskutieren und gemeinsame Entscheidungen voranzutreiben. Ein Format wäre ein Europäischer Sicherheitsrat, der zunächst beratend für die EU und NATO agieren und langfristig auch zur Umsetzung von gemeinsamen Entscheidungen genutzt werden kann.

Frieden in Nahost

Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns unverhandelbar. Unsere Verantwortung für die Sicherheit und das Existenzrechts Israels als Teil deutscher Staatsräson heißt, Bedrohungen zu erkennen und die Sicherheit israelischer Bürgerinnen und Bürger zu einer Grundlage unseres Handelns zu machen. Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht sich gegen Angriffe zu verteidigen und auch die anerkannte Pflicht, seine Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Völkerrechts zu schützen. Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels sowie die Angriffe und den Terror gegen seine Bevölkerung verurteilen wir.

Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung für das Völkerrecht, die Würde jedes Menschen und die allgemeinen Menschenrechte. Nur wenn Deutschland und die EU sich auch im Nahen Osten nachdrücklich für sie einsetzen, wird unser weltweites Bemühen um eine regelbasierte internationale Ordnung glaubwürdig sein. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt.

Die Sicherheit der Palästinenserinnen und Palästinenser und ihre Menschenrechte sind zu schützen, ihr Selbstbestimmungsrechts zu verwirklichen und ihr Schutz vor willkürliche Gewalt zu gewährleisten, sei es durch israelische Siedler und Sicherheitskräfte, sei es durch Hamas oder anderen islamistischen Terror.

Am 7. Oktober 2023 hat die Hamas mit unfassbarer Gewalt und Brutalität einen Terroranschlag auf Israel verübt. Mehr als 1.200 Menschen wurden von der Hamas ermordet, begleitet von unsäglicher sexualisierter Gewalt, 251 Menschen wurden verschleppt. Familien, Kinder, Jugendliche, die auf einem Festival tanzten, wurden auf grausame Weise umgebracht. Es war der schlimmste Angriff auf

jüdisches Leben seit der Shoah, ein Angriff auf das Existenzrecht Israels und auf die gesamte israelische Gesellschaft. Er hat die Menschen in Israel zutiefst traumatisiert. Unsere tiefe Solidarität gilt den Opfern und ihren Familien. Wir blicken mit tiefer Anteilnahme auf diesen Tag und auf das Leid, dass der Terroranschlag der Hamas bis heute verursacht.

Seit dem 7. Oktober hat der Antisemitismus weltweit eine starke Zunahme erfahren und nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und weltweit ist für uns eine Verpflichtung. Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitsimus in unserer Gesellschaft vor- egal von wem er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können.

Die gezielten Angriffe durch die jemenitischen Houthis, die Hisbollah und den Iran nach dem 7. Oktober haben zu weiteren Todesopfern geführt, haben Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Wir verurteilen die fortgesetzte Gewalt und Anschläge dieser Akteure. Die Hamas, das iranische Regime, die Hisbollah und andere militante Gruppierungen machen keinen Hehl daraus, dass sie Israel vernichten wollen. Sie negieren das Existenzrecht Israels. Das werden wir nie akzeptieren.

Den auf die Terroranschläge vom 7. Oktober folgende Krieg hat die Hamas in ihrer Skrupellosigkeit provoziert. Die völkerrechtswidrige Kriegsführung der israelischen Regierung in Gaza ist dadurch aber nicht zu rechtfertigen und hat im Laufe des Krieges unermessliches Leid für Palästinenserinnen und Palästinenser verursacht: Mindestens 60.000 Tote, hunderttausende Verletzte, zerstörte Städte – 80 Prozent der Bausubstanz in Trümmern – massenhafte Vertreibung, eine Generation ohne Zukunft. Das Leid der Menschen in Gaza erfüllt uns mit großem Schmerz. Auch in Deutschland leben viele Menschen die dort Angehörige haben, ihre Sorge und Trauer gehören zu unserem Land und teilen wir.

Die Blockade humanitärer Hilfe durch die israelische Regierung und das Aushungern der Zivilbevölkerung war ein schwerer Bruch des humanitären Völkerrechts und hat zu einer von den Vereinten Nationen bestätigten Hungersnot geführt. Kriegsverbrechen wie Angriffe auf Zivilist*innen und zivile Infrastruktur, humanitäre Helfer und Journalist*innen sind durch die Vereinten Nationen und NGOs in Gaza dokumentiert. Unabhängige Presseberichterstattung wurde durch die Einschränkungen für Journalist*innen erheblich erschwert.

Zugleich haben die oft von der Regierung unterstützte Siedlergewalt, der illegale Siedlungsbau und die damit einhergehenden Vertreibungen und Annektionspläne im Westjordanland massiv zugenommen. Die palästinensische Autonomiebehörde (PA) wurde durch das Vorenthalten von Steuer- und Zolleinnahmen an den Rand des Bankrotts gebracht. Wir verurteilen dieses Vorgehen der in Teilen rechtsextremen Regierung Netanjahu und halten es für falsch, dass Premierminister Netanyahu seit Jahren die Politik betreibt, einen palästinensischen Staat unmöglich zu machen. Wir halten fest an der Herrschaft des Rechts.

Heute, fast zwei Jahre nach Beginn der Eskalation, gibt es Hoffnung auf ein Ende des Krieges und Frieden. Die Friedensgespräche in Ägypten haben zur Freilassung der Geiseln und einem Waffenstillstand in Gaza geführt. Nach zwei Jahren in den Händen der Hamas konnten die noch lebenden Geiseln endlich zurück zu ihren Familien. Hunderttausende Menschen in Gaza können endlich auf ein Ende der Angriffe und der humanitären Notlage hoffen. Diese Freude und Erleichterung

teilen wir. Und es war ein Tag der Trauer über die verstorbenen Geiseln, von denen bis heute nicht alle an ihre Angehörigen überführt wurden. Wir teilen den Schmerz der Menschen in Gaza, die ihre Angehörigen nur noch unter den Trümmern bergen können. Im Rahmen des Friedensprozesses muss jetzt alles getan werden, damit das Schweigen der Waffen Bestand hat.

Als nächstes braucht es die Entwaffnung der Hamas, die Absicherung Gazas durch eine internationale Truppe, den Rückzug der israelischen Armee aus Gaza, sowie der Übergabe der Verantwortung an die Palästinenser. Dabei bleiben folgende Grundsätze für uns leitend: Von Gaza darf künftig keine Gefahr mehr für Israels Sicherheit ausgehen. Die Palästinenser dürfen nicht aus Gaza vertrieben werden, und es darf keine Wiederbesetzung oder territoriale Reduzierung von Gaza durch Israel geben. Es braucht eine gemeinsame Perspektive für Gaza und Westjordanland. Die völkerrechtswidrige Besatzung der Westbank und die Annexionen müssen beendet werden. Es darf keine Lösung über die Köpfe der Palästinenser hinweg geben. Sie müssen den politischen Prozess mitgestalten. Es ist wichtig, dass sich dabei auch die arabischen Nachbarstaaten gemeinsam für eine politische Perspektive engagieren.

Dieser Prozess braucht aber auch das Ziel von dauerhaftem Frieden und Sicherheit für alle Menschen in der Region. Nur eine Zweistaatenlösung wird dauerhaften Frieden bringen, und dazu gehört die Anerkennung eines palästinensischen Staates. Unser Ziel bleibt eine verhandelte Zweistaatenlösung, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben.

Israel und die Palästinenser brauchen die Hilfe der internationalen Gemeinschaft, um die Voraussetzungen für einen Frieden zu schaffen, denn der Weg dahin ist weit. Die EU muss im anstehenden Friedensprozess eine aktive Rolle spielen und dabei alle Hebel nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Auch im Nahen Osten gilt: Nur eine starke und geeinte EU kann das nötige diplomatische Gewicht entwickeln, um wirkungsvoll zu handeln und zum Frieden in Nahost beizutragen. Wir halten dies für notwendig und sehen dies auch im deutschen Interesse an einer friedlichen Region und einer völkerrechtsbasierten internationalen Ordnung. Die Bundesregierung darf hierbei nicht bremsend am Rande stehen, sondern muss sich konstruktiv für eine gemeinsame europäische Nahostpolitik einbringen.

Deutschland hat sich zurecht entschieden, sicherzustellen, dass keine Lieferungen von Waffen und Rüstungsgütern an Israel erfolgen, die völkerrechtswidrig eingesetzt werden könnten. Unbenommen davon muss Deutschland Israel bei der Verteidigung gegen Bedrohungen, vor allem durch den Iran und seine Stellvertreter weiter unterstützen, auch durch Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern. Ob deutsche Waffen zur Selbstverteidigung oder zur Vertreibung der palästinensischen Zivilbevölkerung eingesetzt werden, ist nicht immer leicht zu überprüfen. Doch wenn wir unserer Verantwortung für die Sicherheit Israels und dem Völkerrecht gleichermaßen gerecht werden wollen, müssen wir diese Differenzierung leisten.

Deutschland trägt Verantwortung, seiner humanitären Pflicht in der Region gerecht zu werden. Vorrang hat der schnelle, sichere und ungehinderte Zugang zu Hilfsgütern. Unmittelbar dafür notwendig ist der Wiederaufbau funktionierender UN-Verteilstrukturen in Gaza. Die Sicherheit und Arbeitsfähigkeit humanitärer

Akteure sind zu gewährleisten. Humanitäre Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit und den Prinzipien der Neutralität und Unparteilichkeit verpflichtet. Besonders die Kinder in Gaza wie in Israel gehören zu den besonders schwer Leidtragenden. Diese tief sitzenden Wunden zu sehen und zu heilen, gehört jetzt zu den besonders dringlichen Aufgaben für all diejenigen, denen an Menschlichkeit, Aussöhnung und Frieden gelegen ist.

Deutschland sollte zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser weiterhin palästinensische Staatlichkeitsbestrebungen praktisch fördern – durch Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen, Ausbildung von Verwaltung und Justiz, Förderung demokratischer Prozesse und wirtschaftlicher Perspektiven. Die israelische Regierung muss in diesem Zuge die vorenthaltenen Zoll- und Steuereinnahmen der PA freigeben. Eine Wiederaufbaukonferenz für den Gazastreifen sollte maßgeblich von Deutschland vorangetrieben werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Bedürfnisse der Bürger*innen Gazas im Mittelpunkt stehen - und die Sicherheit Israels gewahrt wird.

Zu einem glaubwürdigen Einsatz für eine Zweistaatenlösung zählen auch Schritte gegen diejenigen, die ihn gezielt unterlaufen. Die Bundesregierung muss den Kampf gegen die Terrorgruppen Hamas, Hisbollah und andere djihadistische Gruppen unterstützen. Der Druck auf das iranische Regime als Treiberin der Bedrohung und Destabilisierung der gesamten Region muss ausgebaut werden. Wir setzen uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der iranischen Revolutionsgarden auf EU-Ebene ein. Es braucht jetzt gezielte Sanktionen gegen gewalttätige Siedler und die rechtsextremen israelischen Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir. Hier muss Deutschland seine Blockade im Europäischen Rat endlich aufgeben.

Das EU-Assoziationsabkommen enthält starke positive Anreiz zur Einhaltung des Völkerrechts. Der beiderseitige Respekt für Menschenrechte und demokratische Prinzipien ist nach Artikel 2 des Abkommens ein essenzieller Bestandteil der engen Kooperation zwischen Israel und den Ländern der Europäischen Union. Wir halten die Anwendung der Menschenrechtsklausel für notwendig. Im Falle der Nichtumsetzung des Friedensplans können partielle Aussetzungen des Abkommens erfolgen.

Zu einem Friedensprozess gehört auch die rechtliche und politische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen. Deutsche und europäische Nahostpolitik soll aktiv dafür werben, dass Verstöße transparent aufgeklärt und geahndet werden. Dabei spielt die internationale Gerichtsbarkeit - insbesondere der Internationale Strafgerichtshof - eine zentrale Rolle. Für diese Aufarbeitung ist auch die Medienberichterstattung und der freie Zugang der Presse entscheidend.

Doch nicht allein die Politik zählt jetzt. Der Weg zum Frieden braucht den Rückhalt einer starken Zivilgesellschaft. Wir stehen solidarisch an der Seite der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft, die sich für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Dialog einsetzen. Sie spielen eine Schlüsselrolle für einen nachhaltigen Frieden. Wir wollen diese Zivilgesellschaft weiter fördern, in Israel wie in Palästina. Wir stellen uns deswegen gegen Bestrebungen, Israel oder Palästinenserinnen und Palästinenser von Sport- oder Kulturveranstaltungen auszuschließen, denn diese Schritte ziehen die ganze Gesellschaft in Mitleidenschaft – nicht zuletzt diejenigen, die für Demokratie und Frieden kämpfen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich für

die demokratische Verfasstheit Israels und den Schutz seiner Bevölkerung vor dem Abbau von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und demokratischen Strukturen einsetzen, genauso wie wir alle unterstützen, die genau diese Werte für einen palästinensischen Staat wollen.